

Antragsbereich A / Antrag 4

Bezirk Mittelfranken

Empfänger:

Bundesparteitag

Bundestagsfraktion

Bundesvorstand

Landesparteitag

**A4: Dokumentierte Aufklärungspflicht von Arbeitgeber*innen beim Einstellungsverfahren über die Folgen von Minijobs
(Annahme)**

Bis zur Sozialversicherungspflicht ab dem 1. Euro bzw. Abschaffung von Minijobs, sollen weitere Hürden für den Einsatz und Abruf solcher prekären Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

- 5 Wir fordern, dass Arbeitgeber*innen beim Bewerbungs- bzw. Einstellungsverfahren über die Folgen dokumentiert aufklären. Zwingend in der Dokumentation müssen die Rechte der/des Beschäftigten, z.B. hinsichtlich der Einhaltung von Gesetzen wie zum Arbeits- und Gesundheitsschutz, Urlaubsanspruch, Lohnfortzahlung, Betriebsverfassung und der Geltung von Tarifverträgen ebenso wie mögliche Negativfolgen von Minijobs hinsichtlich der Rentenansprüche und zwar
- 10 in allgemeinverständlicher Form. ArbeitnehmerInnen müssen die Kenntnisnahme und das Verstehen schriftlich bestätigen.

Nichtsdestoweniger halten wir fest an der Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro nach dem Modell des DGB.